

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Postkonten: Ed. St. Staatsbank Dresden,
Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, K. O. Dresden,
Gebrüder Kuntze, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch aber ohne Einfluss höherer Gewalt, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Reben, Blumen, Kunst“, außerdem „Post und Zeit“ monatlich 2,20 RM, einschließlich Frangirgebühren. Vierteljahr 1,80 RM, annual. 6 RM, u. 24. Monatsgebühren. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Veröffentlichung: Mittwochs- und Freitagsblätter Nr. 25 261. Erscheinungstage nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Verlagsadresse: Postfach Nr. 25 261 u. 12 707. Verlagszeitung von früh 7 Uhr bis 8 Uhr nachmittags

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Normalzeile 35 Pf., die 40 mm breite Restzeile 2 RM, für ansonsten 40 Pf., u. 2,50 RM, abwärts Preisermäßigung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Verlagsanzeigen 40 Pf. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf. Einzelne 20 Pf.

Nr. 12

Dresden, Freitag, den 15. Januar 1932

43. Jahrgang

Scheimprotokoll der sächsischen Unternehmer

Dokument nazistischer Lügeerei

Die Nazi-Partei empfiehlt sich den Unternehmern: Für den Kapitalismus Für Verschlagung der Tarifverträge - Für Hungerlöhne und Rechtlosigkeit

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß Hitler im vergangenen Sommer seinen Adjutanten Dr. Wagener zu den Düsselbörfern, zu den sächsischen und wahrscheinlich auch zu anderen andernorts geheimateten Industriellen entandte, um sich und die Seinen der Guld des Unternehmertums zu empfehlen. Jetzt hat uns der bekannte gänstige Wind das

„Vertrauliche Protokoll über die Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller vom 1. Juli 1931 im Hotel Bellevue, Dresden“

an den Redaktionstisch geweht. An jenen, die etwa noch daran zweifeln, daß der Nazidogma Dr. Wagener sowohl den Sozialismus wie die außenpolitischen Forderungen der Nationalsozialisten in jenen Sitzungen aufs schärfste verurteilt, können wir jetzt mit genauen, dem Dresdner Programm entlehnten Angaben dienen. Da unser Raum beschränkt ist, seien nur die tollsten Blüten wiedergegeben.

Im Gegensatz zum Marxismus, so versichert Dr. Wagener, bekämpfe der Nationalsozialismus nicht das Unternehmertum und den Kapitalismus, sondern lediglich das liberalistische System. — Nun, Sozialisten, die den Kapitalismus nicht bekämpfen, sind allerdings eine neue Erfindung. Und bald erfährt man Näheres. Dr. Wagener bestreitet, daß der Nationalsozialismus neue Anordnungen der Wirtschaft beabsichtige, im Gegenteil werde man eine Selbstverwaltung der Wirtschaft in weitgehendem Umfang herzustellen. Das wirkliche Endziel sei die Freiheit der Wirtschaft auf Grund der Selbstverwaltung. Zur Eigentumsfrage betonte er, daß der Nationalsozialismus überhaupt auf dem Grundgedanken des privaten Eigentums aufgebaut sei, wie er auch in der Privatinitiative die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung sehe. — So also steht es um die soziale Ehrlichkeit unserer Erneuerer: Nieder mit dem Sozialismus, es lebe der Kapitalismus! Wir vom Saufenkreuz und Sozialisten — deshalb schätzen wir das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln! Das „liberalistische System“ wird bekämpft, aber es geht nichts über die „Privatinitiative“ der Unternehmer. Nächstens werden sie uns noch erzählen, der Arbeiter sei der Ausbeuter, der Unternehmer müsse vor seinen Angestellten beschützt werden.

Weit davon entfernt sind sie nicht mehr. Es ist z. B. sehr interessant, aus dem „Vertraulichen Protokoll“ einiges über die geplante Lohnpolitik des nebelhaften Dritten Reiches zu erfahren. Den Arbeitern werden in dieser „Arbeiterpartei“ schöne Versprechungen gemacht, vor den Unternehmern jedoch erklart eine andere, eine einschneidende Melodie. Bekanntlich wollen die Nazis zurück zum feudalistischen Ständestaat. Eine große Rolle spielen in ihrem Wirtschaftsprogramm die sogenannten „Wirtschaftskammern“, aus Arbeitgebern und -nehmern zusammengesetzt. Diese Kammern sollen u. a. die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Dritten Reiches regeln. Wie aber soll diese Regelung aussehen? „Der Nationalsozialismus“, so Dr. W., „vertritt das Prinzip der Leistungslöhne“. Die Kammern haben lediglich das Existenzminimum unter Anpassung an die Verhältnisse des Standorts festzusetzen. Es soll möglichst niedrig sein, um für den Leistungslohn eine möglichst große Spanne zu haben.

Also ein „möglichst niedriges Existenzminimum“, gerade genug zum Überdauern, und den „Leistungslohn“ bestimmt jeder einzelne Unternehmer im privaten Arbeitsvertrag. Was bei dieser Verschlagung der Tarifverträge herausstiehe, lehnen sie die grauenhaften Dokumente aus der Zeit des Frühkapitalismus. Bezeichnend ist es übrigens, daß sich die anderen Industriellen in der Debatte sogar gegen das anstehende „möglichst niedrige Existenzminimum“ kränkten. Sie möchten noch feiere Hand haben — hungern lassen sie nicht ihnen nicht, verhungern lassen wäre besser. Und die Nazis, diese tariffeindlichen „Arbeitervertreter“, würden sich an einem sogenannten Dritten Reich zweifellos bereit finden, auch den weitest gehenden Unternehmerwünschen für angemessene Bezahlung zu entsprechen. Bei alledem soll keine Sozialversicherung das Los der Ausbeuteten erleichtern. Wagener bekannte: „Sie (die Sozialversicherer) sind ein Feindbegriff gewesen...“

Und nun zur Frage der „Tribunale“! Mit dem Reichsrecht noch Einstellung aller Reparationsleistungen, nach

„Zerreißen der Verträge“ sind die Nazis in Deutschland groß geworden. Was aber jagt Dr. Wagener?

„Über die politischen Wirkungen einer solchen Zahlungsanstellung könne man nichts Sicheres voraussetzen. Aus diesem Grunde sei es notwendig, bei dieser Frage unter dem Gesichtspunkt der größten Zweckmäßigkeit vorzugehen, um zu vermeiden, daß schwerwiegende Erschütterungen außenpolitischer Natur und damit auch der deutschen Wirtschaft eintreten.“

Das war selbst den Unternehmern zu bunt. In der Debatte wurde Herrn Dr. Wagener mit Recht entgegengehalten, die Erklärung, daß die Zweckmäßigkeit über das Wann und Wie der Zahlungsanstellung entscheide, stehe im schärfsten Widerspruch zu der sonstigen nationalsozialistischen Agitation. Hieraus belegte der kapitalistische Diskussionsredner, so heißt es im Protokoll, an Hand einer Reihe von Artikeln und Notizen aus verschiedensten nationalsozialistischen Zeitungen und Zeitschriften sowie anhand von nationalsozialistischen Reichstagsanträgen die kapitalfeindliche Haltung der Nationalsozialisten und nannte die Nazis doppelzüngig.

Hören wir zum Schluß, was Dr. Wagener auf den Vorwurf der Doppelzüngigkeit zu erwidern hatte. Wieder zitieren wir wörtlich das bewusste Protokoll:

„Dr. Wagener bemerkte, daß mitunter die Haltung einzelner Stellen und Organe nicht so ist, wie es den Absichten der Völkervereinigung entspricht. ... Zur Kritik an der Haltung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bzw. einzelner Organe und Führer büdet Herr Dr. Wagener zu bedenken, daß das ganze Emporwachen der Bewegung selbstverständlich gewisse Schwierigkeiten hinsichtlich der Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten geschaffen habe.“

Und weiter:
„Wenn darauf verwiesen werde, daß in den Parlamenten die nationalsozialistischen Fraktionen unnützen Anträge zur Annahme verheissen, so sei es bedauerlich, daß solche Anträge

tatsächlicher Natur nicht verstanden würden. (D. h. sie sind nicht ernst gemeint! Die Red.) Riefach seien solche Anträge aber auch ohne Fällung mit Münden gestellt oder angenommen worden.“

Als eine Preisgabe der Nazifraktionen durch den Sendling Hitlers auf der ganzen Linie! Nun wurde dem Abgeordneten aus Münden entgegengehalten, es sei für die Bewegung gefährlich, daß sie von zu boomtänzelnden Neugierigen und Verschläffelten einzelner Stellen nach innen abbrückt, sie nach außen aber deckt, und ein Debatte-rechner hielt es

„nicht für tragbar, daß der Nationalsozialismus auf der einen Seite den Parteien Vorwürfe macht, wenn sie in ihrem Verhalten Konzeptionen an die Staatsnotwendigkeiten machen, andererseits aber Verständnis dafür fordert, daß er in seiner Agitation Rücksicht auf die Gefinnung der Massen zu nehmen habe.“

In einer nationalsozialistischen Volksversammlung hätte ein Debatte-rechner mal so was sagen sollen! Er wäre von den braunen Gardien „wie ein Hund totgeschlagen“ worden. Hier aber ließ sich Dr. Wagener den Küffel sanft und brav gefallen. Er leckte sogar die Unternehmernhand, die seiner Partei eins verriet, suchte sich in jeder Weise angenehm zu machen, gab Bistchen, versprach ein gutes Kind zu sein. Er warb ja doch um Unterstützung seiner sozialistisch-kapitalistischen, legalputschistischen, unternehmerfreundlichen Arbeiter- und Pringenpartei. Was was Klingendes zu holen gibt, sind die Nazis gemeinlich nicht so überheblich.

Es dürfte sich empfehlen, Dr. Wagener's hier wiedergegebenen verbürgten Aufzeichnungen in den Betrieben, in den Häusern, auf den Straßen weiterzuerzählen. Die Proletarier, die heute noch diesen Volksverführern nachlaufen, müssen über die Arbeiterfeindlichkeit, Verlogenheit und Käuflichkeit nationalsozialistischer Propaganda gründlich aufgeklärt werden. Wer dann noch hinterm Saufenkreuz marschiert, kann nur vom Arzt kuriert werden.

Der linksradikale Kirchturm

Wenn die Linksradikalen in ihrer Politik wenigstens ehrlich wären, so ließe sich über manchen Uninn, den sie verüben, wenigstens nachbringen diskutieren. Aber die Demagogie, mit der sie sich gegen Gewerkschaften und SPD. wenden, macht jede Diskussion unfruchtbar. Die Kommunisten haben ihren Thälmann als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, und die SPD.-Presse preist ihn an, als hätte Teddy alle jene Werke geschrieben, die er eigentlich mal lesen sollte. Dabei wird der Sozialdemokratie unterstellt, sie wüßte nichts schneidlicher als eine Fortsetzung der Präsidentschaft Hindenburg.

Nun, wenn es nach der SPD. ginge, so müßten die Anhänger der Gewerkschaften und des gesamten deutschen Sozialismus einen eigenen Kandidaten präsentieren. Das haben die Kommunisten schon damals unmöglich gemacht, als Otto Braun aufgestellt wurde, das machen sie heute unmöglich, in-

dem sie bereits ihre eigene Kandidatur bringen, ehe die Massen der sozialistischen Arbeiter überhaupt gesprochen haben. Und wenn das kommunistische Blättchen des Dresdner Bezirks gebornal behauptet, die SPD. hätte sich schon für Hindenburg erklärt, so bleibt die Tatsache bestehen, daß die sozialdemokratische Fraktion noch nicht gesprochen hat! Und wenn das Blättchen gebornal irgendwelche Äußerungen sozialdemokratischer Wähler aus dem Zusammenhang reißt, so ändert das alles nichts an der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Unterhändler Herrn Brüning erklärten, unsere Stellungnahme über Hindenburg habe die sozialdemokratische Fraktion zu entscheiden.

Wahrscheinlich ist es allerdings, daß die SPD. und die Gewerkschaften angesichts des Verhaltens der Kommunisten von einem eigenen Kandidaten absehen müssen aber das zu entscheiden wird Sache unserer Vertrauensmänner sein, und wenn die Kommunisten jetzt schon für Thälmann drauflosbrüllen, so beweist dies, daß ihnen auch in der Frage der Präsidentschaftskandidatur an einem Zusammengehen mit den sozialistischen Arbeitermassen nichts gelegen ist.

Wenigstens steht's mit ihrem Geschehen gegen die Eisener Front! Neuerdings bemüht sich auch die SPD.-Gruppe, den Kommunisten in diesem Punkte schädliche Konkurrenz zu machen und die Gewerkschaften zu verdächtigen, die Eisener Front sei eine „offene Schwächung der freien Gewerkschaften ins bürgerliche Lager“. ... Haben die Leute vergessen, was sie noch vor einigen Monaten gegen die Kommunisten geschrieben? Haben sie vergessen, daß die Sozialdemokratie vor einiger Zeit erklärt hat, ein Zusammengehen zwischen kommunistischen und SPD.-Anhängern gegen den Faschismus sei nötig? Die rote Fahne mußte daraufhin nichts weiter zu sammeln als wie „Der Saufenkreuz bleibt nach wie vor die Sozialdemokratie.“

Wir befinden uns in guter Uebereinstimmung mit einem Revolutionär wie Trotzki, wenn wir nurmehr darau-

Hamburgs Eisener Front

Hamburg, 15. Januar. (Eig. Funkpr.) Hamburg hat am Donnerstagabend die gewaltigste Saalkundgebung aller Zeiten erlebt. Die Eisener Front ist mit dieser Kundgebung von den Massen der Arbeiterklasse geschlossen worden. Die drei größten Säle Hamburgs reichten nicht aus, um die Massen zu fassen. Im Gewerkschaftshaus mußte eine Parallelversammlung durchgeführt werden. 30 000 Männer und Frauen hatten sich zu den Kundgebungen eingefunden. Es sprachen der Bundesführer des Reichsbanners, Köstermann, und der Führer der Arbeiterpostler, Wildung. Der Appell der Redner zum kampfbereiten Zusammenstehen fand überall starke Begeisterung. Zum Schluß der Kundgebung erhoben sich Zehntausende zu einem Hoch auf die Eisener Front.